

Am konziliaren Prozess Festhalten

Auf ihrer letzten Tagung vom 6. bis 9. November 2022 in Magdeburg bekräftigte die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland jedenfalls grundsätzlich das Festhalten am konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung. In der Einleitung zu ihrem Beschluss formuliert die Synode: „Nach einem Rückblick auf die Friedensdenkschrift des Rates der EKD von 2007 hat die Synode 2019 in einer Kundgebung die „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ beschrieben. Dabei hat sie den Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung als Bestandteil des Friedens ebenso betont wie den Aspekt des gesellschaftlichen Friedens. Seitdem sind zur Friedensethik, zur Klimagerechtigkeit, zur Demokratieförderung, zu Migrationsfragen und zum Rechtsextremismus weitere Beschlüsse gefolgt, die die Trias des konziliaren Prozesses aufgenommen und mit konkretem Inhalt gefüllt haben.“ Angesichts des Krieges in der Ukraine ist Frieden an die erste Stelle gerückt.

Die EKD betont den weltweiten Horizont ihres Denkens. „Gerechter Friede kann sich nur im Rahmen einer weltweiten Friedensordnung entfalten. Daher kann unsere Sorge nicht nur der Sicherheit Europas gelten. Menschliche Sicherheit als Freiheit von Furcht und Freiheit von Mangel muss für alle Menschen gewährleistet werden. Wir setzen uns daher für die Stärkung einer weltweiten Friedensordnung ein, die sich auf Völkerrecht und Menschenrechte stützt.“

„Wir können gerade angesichts des Krieges in der Ukraine an einer Friedensethik festhalten, die politische Realität nicht ignoriert und sich zugleich an der vorrangigen Option für die Gewaltfreiheit und den Aufbau internationaler gewaltüberwindender Rechtssysteme orientiert.“

„Der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende ökologische Folgen. Zu nennen sind insbesondere die hohen CO₂-Emissionen durch militärisches Gerät.

Als Evangelische Kirche haben wir Anteil an früheren Versäumnissen, ebenso wie wir das Potenzial haben, Teil der notwendigen Transformation zu einer klimaneutralen

Gesellschaft zu werden. Klimagerechtigkeit bedeutet darüber hinaus, dass die Staaten, die hauptsächlich für den Klimawandel Verantwortung tragen, die ärmeren Staaten, die zu den Hauptleidtragenden zählen, bei der Anpassung an den Klimawandel und bei der Bewältigung seiner Folgen, angemessen unterstützen.“